

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES

Herausgegeben von der Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 66

FREITAG, DEN 19. AUGUST

2016

Inhalt:

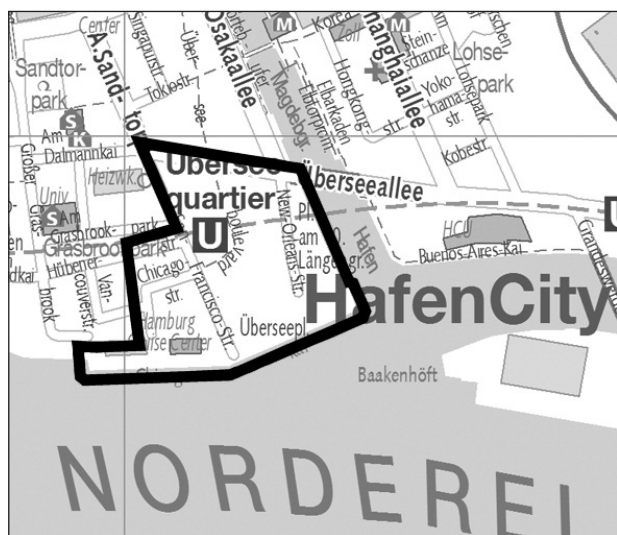
	Seite		Seite
Öffentliche Auslegung eines Bebauungsplan-Entwurfs	1421	Öffentliche Auslegung eines Bauleitplan-Entwurfs ..	1423
Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens	1422	Aufstellungsbeschluss zur 2. Änderung des Bebauungsplans Lohbrügge 87	1423

BEKANNTMACHUNGEN

Öffentliche Auslegung eines Bebauungsplan-Entwurfs

Der Senat hat beschlossen, den Bebauungsplan-Entwurf HafenCity 15 gemäß § 3 Absatz 2 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722, 1731), öffentlich auszulegen.

Gebiet westlich des Magdeburger Hafens und südlich der Überseeallee im Stadtteil HafenCity (Bezirk Hamburg-Mitte, Ortsteil 103).



Das Plangebiet wird wie folgt begrenzt: Überseeallee – Ostgrenzen der Flurstücke 1945 (Überseeallee) und 2376, Nord- und Ostgrenzen des Flurstücks 2078, Ost- und Südgrenzen des Flurstücks 2081, Süd- und Westgrenzen des Flurstücks 2376, über das Flurstück 2376, Westgrenze des Flurstücks 2371 (Chicagostraße), über das Flurstück 2371, Westgrenze des Flurstücks 2371, über die Flurstücke 2375, 2371 (Hübenerstraße), 2370 und 2070 (San-Francisco-Straße), Westgrenzen der Flurstücke 2225, 2230, 2229 und 2227 (Überseeallee) der Gemarkung Altstadt-Süd.

Der Bebauungsplan HafenCity 15 schafft die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Realisierung des südlichen Teils des Überseequartiers als mischgenutztes und kommerzielles Zentrum der HafenCity. Neben der Einzelhandelsnutzung sind im Plangebiet auch Büros, Wohnungen, Hotel-, Gastronomie- und Freizeitnutzungen sowie ein Kreuzfahrtterminal vorgesehen. Zudem sichert der Bebauungsplan den südlichen Abschnitt der Promenade am Westufer des Magdeburger Hafens planungsrechtlich ab.

Der Bebauungsplan-Entwurf HafenCity 15 (zeichnerische Darstellungen mit textlichen Festsetzungen und Begründung) wird in der Zeit vom 30. August 2016 bis einschließlich 30. September 2016 an den Werktagen (außer sonntags) während der Dienststunden bei der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, Amt für Landesplanung und Stadtentwicklung, Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, im Auslegungsraum neben dem Stadtmodell öffentlich ausgelegt. Auskünfte werden unter den Telefonnummern 040/4 28 40 - 31 06/- 80 80/- 82 92 erteilt.

Bestandteile der Auslegung sind der Städtebauliche Vertrag zur Beschränkung der Einzelhandelsflächen im Plangebiet sowie der Umweltbericht mit Informationen zu den Schutzgütern Mensch, Klima und Luft, Wasser und Boden, Pflanzen und Tiere, Landschaft/Stadtbild sowie Kultur- und sonstige Sachgüter.

Darüber hinaus sind folgende Gutachten und Untersuchungen verfügbar:

- Luftschadstoffgutachten Kreuzfahrtterminal von 2006 im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan HafenCity 5 (Überseequartier);
- Luftschadstoffgutachten Kreuzfahrtterminal unter Berücksichtigung der Schiffskörper für das Prognosejahr 2015 von August 2013;
- Luftschadstoffgutachten Kreuzfahrtterminal – Ergänzung für die Prognosejahre 2020 und 2025 von Juli 2014;
- Gutachterliche Stellungnahme zur Bewertung der Veränderungen der Gebäudekonfiguration im Hinblick auf deren Wirkung auf die Ausbreitungsverhältnisse der Luftschadstoffe des Kreuzfahrtterminals aus 2015;
- Lärmtechnische Untersuchung von 2016;

- Gutachterliche Stellungnahme zu Erschütterungen und sekundärem Luftschall durch die U-Bahn von 2016;
- Messungen tieffrequenter Geräuschimmissionen durch Kreuzfahrtschiffe in der HafenCity von Mai 2016;
- Gutachten zur Ermittlung eines angemessenen Abstandes im Sinne des § 50 BImSchG für den Betrieb C. Steinweg (Südwest-Terminal) GmbH & Co. KG, Am Kame-runkai 5, Hamburg, von 2016;
- Gutachten zur Ermittlung eines angemessenen Abstandes im Sinne des § 50 BImSchG für die Unikai Lagerei- und Speditionsgesellschaft mbH, Dessauer Straße 10, Hamburg, von 2015;
- Verschattungsstudie aus 2016;
- Luftschadstoffgutachten für straßenverkehrsbedingte Immissionen von 2016;
- Untersuchung zur abschließenden Schornsteinhöhenbestimmung für das Heizwerk HafenCity, Februar 2006;
- Ökologische Bestandserhebung und -bewertung für den Bereich der gesamten HafenCity 1998/1999;
- Nachkartierung und Aktualisierung der naturschutz-fachlichen Bewertung des ökologischen Bestandes sowie die Beurteilung der Planung für die naturschutzrechtli-che Eingriffsregelung im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan Hamburg-Altstadt 39/HafenCity 5, Mai 2006;
- Brutvogelkartierung im Geltungsbereich des B-Plans HafenCity 15 aus 2015;
- Bewertung der Altlastensituation (historische Erkun-dung) für die gesamte HafenCity im Jahr 1998;
- Ergänzende Boden-, Stau- und Grundwasseruntersu-chungen zur Ermittlung von Untergrundbelastungen im Bereich von Baufeldern im Überseequartier, August 2005;
- Orientierende Schadstofferkundung „KLG/ÜSQ + HT“, Dezember 2004;
- Orientierende Schadstoff- und Hinderniserkundung „Erschließungsgebiet C-Fläche, ehemaliges Gaswerk Grasbrook“, Oktober 2003;
- aus 2003 Detailerkundung „Parkplatz Gebr. Heine-mann“ (September 2003);
- Bodenluftuntersuchung im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan HafenCity 5 von Januar 2008.

Außerdem liegen umweltrelevante Stellungnahmen zu folgenden Themenbereichen vor:

- Stellungnahme der damaligen Behörde für Stadtent-wicklung und Umwelt, Naturschutzamt, vom Februar 2015 zu naturschutzrechtlichen Belangen;
- Stellungnahme der Hamburger Hochbahn AG zu Schie-nenverkehrserschütterungen vom April 2015;
- Stellungnahmen der damaligen Behörde für Stadtent-wicklung und Umwelt bzw. der Behörde für Umwelt und Energie, Amt für Immissionsschutz und Betriebe, vom Februar 2015, Februar 2016, März 2016 und August 2016 insbesondere zur Störfallvorsorge, Emissionen der LNG Hybrid Barge im Magdeburger Hafen, Emissionen Heizwerk HafenCity (u.a. Schornsteinhöhe), Lärm-schutz und Luftreinhaltung;
- Stellungnahme der Behörde für Gesundheit und Ver-braucherschutz, Amt für Verbraucherschutz, vom Fe-bruar 2016 zu Luftschadstoffimmissionen durch Kreuz-fahrtschiffe und Straßenverkehr, Lärm und Schienen-verkehrerschütterungen;
- Stellungnahme der Behörde für Umwelt und Energie, Amt für Umweltschutz, zur Entwässerung, Februar 2016;

- Stellungnahmen des Bezirksamtes Hamburg-Mitte, Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe, Umwelt, von 2016 zu den öffentlich-rechtlichen Belangen des Bun-des-Immissionsschutzgesetzes;
- Stellungnahme der Hamburg Port Authority (HPA) vom März 2016 insbesondere zu Emissionen des Kreuz-fahrtterminals und von Dalbenliegeplätzen;
- Stellungnahme der Vattenfall Wärme Hamburg GmbH vom März 2016 zur Schornsteinhöhe des Heizwerks HafenCity;
- Stellungnahme des Bezirksamtes Hamburg-Mitte, Fach-amt Verbraucherschutz, Gewerbe, Umwelt, vom Juni 2016 zu den Messungen tieffrequenter Geräuschim-missionen durch Kreuzfahrtschiffe in der HafenCity vom Mai 2016 sowie Stellungnahme der Behörde für Stadt-entwicklung und Wohnen, Amt für Landesplanung und Stadtentwicklung, dazu;
- Stellungnahme der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, Amt für Bauordnung und Hochbau, vom August 2016 insbesondere zur Störfallvorsorge.

Diese Unterlagen können während der öffentlichen Auslegung eingesehen werden.

Während der öffentlichen Auslegung können Stellung-nahmen zu dem ausliegenden Bebauungsplan-Entwurf bei der genannten Dienststelle schriftlich oder zur Nieder-schrift abgegeben werden. Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben. Ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung (Normenkontrollan-trag) ist unzulässig, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Hamburg, den 16. August 2016

Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

Amtl. Anz. S. 1421

Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte beschließt nach § 2 Absatz 1 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722, 1731), für das Gebiet zwischen den Straßen Sonninstraße, Nordkanalstraße, Nagelsweg und dem Mittelkanal (Bezirk Hamburg-Mitte, Ortsteil 115) den bestehenden Bebauungsplan zu ändern (Aufstellungsbeschluss M 03/16). Der Bebauungsplan wird gemäß § 13 a BauGB als Bebauungsplan der Innenentwick-lung ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Absatz 4 aufgestellt. Die frühzeitige Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Absatz 1 hat am 5. Oktober 2015 statt-gefunden.

Eine Karte, in der das Plangebiet farbig angelegt ist, kann im Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes Hamburg-Mitte während der Dienststunden eingesehen werden.

Das Plangebiet wird wie folgt begrenzt: Sonninstraße – Nordkanalstraße – Nagelsweg – Südgrenzen der Flurstücke 1789 und 1018 (Sonninstraße) der Gemarkung St. Georg-Süd.

Mit dem Bebauungsplan Hammerbrook 12 wird das Ziel verfolgt, das westliche Hammerbrook zu einem lebendigen und durchmischten innenstadtnahen Stadtteil weiter zu entwickeln, der zukünftig insbesondere durch die Errich-

tung von unterschiedlichen Wohnungstypen für verschiedene Haushalte und Zielgruppen mit der dazugehörigen Infrastruktur auch außerhalb der Tageszeiten stärker belebt sein soll. Zusammen mit den im westlich angrenzenden Plangebiet Hammerbrook 10 entstehenden neuen Wohnungen und dem Wohnungsbau südlich des Mittelkanals am Nagelsweg stellt diese städtebauliche Neuordnung einen wichtigen Schritt zur weiteren Qualifizierung des Stadtteils als gemischter Arbeits- und Wohnstandort dar. Die Planungen stehen im Kontext der Zielsetzungen des vom Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung (SL) entwickelten Rahmenkonzepts für Hammerbrook und des Bezirklichen Wohnungsbauprogramms.

Hamburg, den 10. August 2016

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

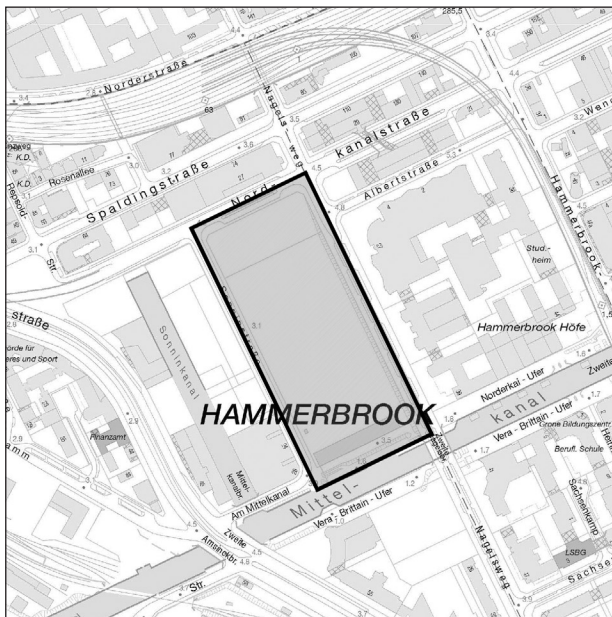
Amtl. Anz. S. 1422

Öffentliche Auslegung eines Bauleitplan-Entwurfs

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte hat beschlossen, folgenden Bauleitplan-Entwurf gemäß § 3 Absatz 2 und § 4a Absatz 3 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722, 1731), öffentlich auszulegen:

Bebauungsplan-Entwurf Hammerbrook 12

Gebiet zwischen Nordkanalstraße, Nagelsweg, Mittelkanal und Sonninstraße im Stadtteil Hammerbrook (Bezirk Hamburg-Mitte, Ortsteil 115).



Das Plangebiet wird wie folgt begrenzt: Sonninstraße – Nordkanalstraße – Nagelsweg – Südgrenzen der Flurstücke 1789 und 1018 (Sonninstraße) der Gemarkung St. Georg-Süd.

Der Bebauungsplan wird gemäß § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Absatz 4 BauGB aufgestellt.

Der Bebauungsplan-Entwurf Hammerbrook 12 (zeichnerische Darstellung mit textlichen Festsetzungen und Begründung) wird in der Zeit vom 26. August 2016 bis 26. Sep-

tember 2016 an den Werktagen (außer sonnabends) während der Dienststunden im Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes Hamburg-Mitte, Klosterwall 8 (City-Hof Block D), VI. Stock, 20095 Hamburg, öffentlich ausgelegt.

Während der öffentlichen Auslegung können gemäß § 3 Absatz 2 BauGB Stellungnahmen zu dem ausliegenden Bebauungsplan-Entwurf bei der genannten Dienststelle schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden. Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben. Ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung ist unzulässig, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Hamburg, den 10. August 2016

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 1423

Aufstellungsbeschluss zur 2. Änderung des Bebauungsplans Lohbrügge 87

Das Bezirksamt Bergedorf beschließt nach § 2 Absatz 1 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722, 1731), den für das Gebiet zwischen Bergedorfer Straße, Reinbeker Redder und AKN-Bahnlinie sowie der Landesgrenze bestehenden Bebauungsplan Lohbrügge 87 vom 17. August 1999 (HmbGVBl. S. 215), geändert am 15. Januar 2001 (HmbGVBl. S. 4), zu ändern.

Das Plangebiet wird wie folgt begrenzt: Reinbeker Redder – Ostgrenze des Flurstücks 2173 der Gemarkung Boberg – Bergedorfer Straße – Nordgrenze des Flurstücks 720, Westgrenzen der Flurstücke 1816 und 3548, Nordgrenzen der Flurstücke 3548, 3326, 3390 und 3161 der Gemarkung Boberg – Heidhorst – Nordwestgrenzen der Flurstücke 2851 und 2147 der Gemarkung Boberg – Landesgrenze – Ostgrenzen der Flurstücke 2146, 2297, 2301, 2302, 2303, 2304, 2305, 2306, 2307, 2308, 2962 und 3149, Südgrenzen der Flurstücke 3149 und 2353, Ostgrenzen der Flurstücke 3765 und 3766, über das Flurstück 3766, Ostgrenze des Flurstücks 3121, Südgrenze des Flurstücks 3766, Ostgrenzen der Flurstücke 3016, 3015, 3014, 3013, 3012, 3011, 3010, 3009, 3008, 3006 und 3265 der Gemarkung Boberg.

Durch die Änderung des Bebauungsplans Lohbrügge 87 sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine geordnete städtebauliche Entwicklung unter besonderer Berücksichtigung des Vergnügungstättenkonzeptes geschaffen werden. Insbesondere soll die Zulässigkeit von Vergnügungstätten sowie von sexuellen Dienstleistungs- und Einzelhandelsangeboten geregelt werden. Für die Planänderung ist ein vereinfachtes Verfahren nach § 13 BauGB vorgesehen.

Eine Karte, in der das Gebiet farbig angelegt ist, kann beim Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes Bergedorf, Wentorfer Straße 38a, 21029 Hamburg, montags bis donnerstags von 8.00 Uhr bis 16.00 Uhr und freitags von 8.00 Uhr bis 14.00 Uhr eingesehen werden.

Hamburg, den 12. August 2016

Das Bezirksamt Bergedorf

Amtl. Anz. S. 1423

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Auftragsbekanntmachung Richtlinie 2014/24/EU

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name und Adressen**
 Offizielle Bezeichnung:
 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
 Postanschrift:
 Pappelallee 41, 22089 Hamburg, DE
 Kontaktstelle(n):
 Amt für Bauordnung und Hochbau,
 Bundesbauabteilung
 Teleax: +49/40/4 27 92 - 12 00
 E-Mail: Vergabestelle@bba.hamburg.de
 Internet-Adresse(n):
 Hauptadresse (URL):
<http://www.hamburg.de/behoerdenfinder/hamburg/11255485>
 NUTS-Code: DE600
- I.2) **Gemeinsame Beschaffung**
- I.3) **Kommunikation**
 Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter
<https://service.bi-online.de/TenderDocuments/D425911438>
 Weitere Auskünfte erteilen/erteilt:
 die oben genannten Kontaktstellen.
 Angebote sind einzureichen:
 an die oben genannten Kontaktstellen.
- I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
 Agentur/Amt auf zentral- oder bundesstaatlicher Ebene
- I.5) **Haupttätigkeit(en)**
 Allgemeine öffentliche Verwaltung

ABSCHNITT II: GEGENSTAND

- II.1) **Umfang der Beschaffung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags
 BWK: Umbau Haus 1
 Referenznummer der Bekanntmachung:
16 E 0274
- II.1.2) CPV-Code
 45215140-0
 Zusatzteil: keine
- II.1.3) Art des Auftrags
 Bauauftrag
- II.1.4) Kurze Beschreibung
 Technische Dämmung und Brandschutz.
- II.1.5) Geschätzter Gesamtwert
- II.1.6) Angaben zu den Lose
 Aufteilung des Auftrags in Lose: Nein

- II.2) **Beschreibung**
- II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s)
 45321000-3
- II.2.3) Erfüllungsort
 Nuts-Code: DE600
 Hauptort Ausführung:
 Lesserstraße 180, 22049 Hamburg
- II.2.4) Beschreibung der Beschaffung
 (Art und Umfang der Bauarbeiten bzw. Angabe der Bedürfnisse und Anforderungen)
 Technische Dämmung und Brandschutz
 KG410:
 Ca. 40 Stk Brandschutzabschottung nichtbrennbare Versorgungsleitungen DN40-DN150.
 Ca. 50 Stk Brandschutzabschottung nichtbrennbare Versorgungsleitungen DN12-DN100.
 Ca. 60 m Wärmedämmung Mineralwolle inkl. Alu-Ummantelung DN20-DN50, zzgl. Form- und Verbindungsstücke.
 Ca. 400 m Wärmedämmung Mineralwolle alukaschiert DN12-DN32, zzgl. Form- und Verbindungsstücke.
 Ca. 20 m Schwitzwasserdämm. synth. Kautschuk inkl. Alu-Ummantelg. DN20-DN50, zzgl. Form- und Verbindungsstücke.
 Ca. 1050 m Schwitzwasserdämmung synth. Kautschuk DN12-DN50, zzgl. Form- und Verbindungsstücke.
 KG420:
 Ca. 120 Stk Brandschutzabschottung nichtbrennbare Versorgungsleitungen DN20-DN100.
 Ca. 60 m Wärmedämmung Mineralwolle inkl. Alu-Ummantelung DN32-DN80, zzgl. Form- und Verbindungsstücke.
 Ca. 760 m Wärmedämmung Mineralwolle alukaschiert DN15-DN50, zzgl. Form- und Verbindungsstücke.
 KG430:
 Ca. 185 m² Wärmedämmung Mineralwolle inkl. Ummantelung Stahlblech.
 Ca. 1.040 m² Wärmedämmung Mineralwolle alukaschiert.
 Ca. 150 m² Wärmedämmung Schwitzwasserdämm. synth. Kautschuk inkl. Alu-Ummantelg.
 Ca. 110 m² Wärmedämmung Mineralwolle inkl. Ummantelung Stahlblech, im Außenbereich.
 Ca. 875 m Wärmedämmung Mineralwolle alukaschiert DN80-DN355
 KG434:
 Ca. 4 Stk Brandschutzabschottung nichtbrennbare Versorgungsleitungen DN20-DN32.
 Ca. 80 m Kälteämmung synth. Kautschuk inkl. Alu-Ummantelung DN32-DN80, zzgl. Form- und Verbindungsstücke.

- II.2.5) Zuschlagskriterien
Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium, alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt.
- II.2.7) Laufzeit des Vertrags
Beginn: 4. Oktober 2016
Ende: 23. Januar 2018
Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
- II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2.11) Angaben zu Optionen
Optionen: Nein
- II.2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen
- II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union
Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: Nein
- II.2.14) Zusätzliche Angaben

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

III.1) Teilnahmebedingungen

- III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:
Als Eigenerklärung vorzulegen:
- Angaben zur Eintragung im Berufsregister des Sitzes oder Wohnsitzes des Unternehmens.
 - Angaben, ob ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet/die Eröffnung beantragt/mangels Masse abgelehnt/ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde oder ob sich das Unternehmen in Liquidation befindet.
 - Angabe, dass nachweislich keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt.
 - Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt ist.
 - Angabe, dass sich das Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft angemeldet hat.
- III.1.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:
Als Eigenerklärung vorzulegen:
- Angaben zum Umsatz in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren, Bauleistungen u.a. Leistungen betreffend, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Aufträgen.

- Angaben über die Ausführung von Leistungen in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind.
- Angabe der Zahl der in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenem technischen Leitungspersonal.

III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

III.1.5) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen

III.2) Bedingungen für den Auftrag

III.2.2) Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

III.2.3) Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) Beschreibung

IV.1.1) Verfahrensart

Offenes Verfahren

IV.1.6) Angaben zur elektronischen Auktion

IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Nein

IV.2) Verwaltungsangaben

IV.2.1) Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren

IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote 13. September 2016, 10.00 Uhr

IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote eingereicht werden können DE

IV.2.6) Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis:
14. November 2016

IV.2.7) Bedingungen für die Öffnung der Angebote 13. September 2016, 10.00 Uhr Ort: siehe I.1, Raum: 8.01

Angaben über befugte Personen und das Öffnungsverfahren: Bieter und ihre Bevollmächtigten.

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

VI.2) Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

Die Zahlung erfolgt elektronisch.

VI.3) Zusätzliche Angaben

Vergabeunterlagen in elektronischer Form. Informationen zum Abruf der Vergabeunterlagen: siehe I.3 Kommunikation.

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren:

Offizielle Bezeichnung:

Bundeskartellamt Bonn

- Postanschrift:
Kaiser-Friedrich-Straße 16, 53113 Bonn, DE
Telefon: 00 49/(0)2 28/94 99 -0
Telefax: 00 49/(0)2 28/94 99 -400
- VI.4.2) Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren
- VI.4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen
- VI.4.4) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung**
5. August 2016

Hamburg, den 5. August 2016

Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
– Bundesbauabteilung –

714

Auftragsbekanntmachung

Bauauftrag

Richtlinie 2014/24/EU

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name und Adressen**
Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg,
Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland
Kontaktstelle(n): Einkauf/Vergabe
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
Telefax: +49/40/4 27 31 - 01 43
NUTS-Code: DE600
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <http://www.hamburg.de/schulbau/>
- I.2) **Gemeinsame Beschaffung**
- I.3) **Kommunikation**
Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <http://www.hamburg.de/ausschreibungen>.
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen.
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen.
- I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
Regional- oder Kommunalbehörde
- I.5) **Haupttätigkeit(en)**
Allgemeine öffentliche Verwaltung

ABSCHNITT II: GEGENSTAND

- II.1) **Umfang der Beschaffung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:
SBH VOB OV 078-16 LG – Zusammenlegung H17 mit G20 am Standort G20 – Billwerder Billdeich 620, Hamburg – Förderanlagen.
Referenznummer der Bekanntmachung:
SBH VOB OV 078-16 LG

- II.1.2) CPV-Code Hauptteil: 45214220
- II.1.3) Art des Auftrags: Bauauftrag
- II.1.4) Kurze Beschreibung:
Die Berufsschule in Hamburg Bergedorf wird in 2 Bauabschnitten umgebaut und saniert. Im Erdgeschoss werden im Bestand Pausenhalle, Mensa und Verwaltung neu errichtet. Im Erdgeschoss und in den beiden Obergeschossen werden zudem im Bestand Unterrichtsräume als Kompartments umgebaut. Die Gebäudehülle und Dächer, Sanitärbereiche, sowie die gesamte Haustechnik werden saniert. Der Schulbetrieb läuft während der Bauarbeiten in anderen Gebäudeteilen weiter.
- II.1.5) Geschätzter Gesamtwert
Wert ohne MwSt.: 49.000,- Euro
- II.1.6) Angaben zu den Losen
Aufteilung des Auftrags in Lose: nein
- II.2) **Beschreibung**
- II.2.1) Bezeichnung des Auftrags
- II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s): 42416100
- II.2.3) Erfüllungsort
NUTS-Code: DE600
Hauptort der Ausführung:
Billwerder Billdeich 620, 22113 Hamburg
- II.2.4) Beschreibung der Beschaffung:
Aufzugsanlage mit Hydraulikaggregat, 3 Haltestellen, 1250 kg Tragfähigkeit mit Maschinenraum.
- II.2.5) Zuschlagskriterien
Die nachstehenden Kriterien: Preis
- II.2.6) Geschätzter Wert
Wert ohne MwSt.: 49.000,- Euro
- II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems
Laufzeit in Monaten: 9
Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein
- II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: ja
- II.2.11) Angaben zu Optionen
Optionen: nein
- II.2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen
- II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union
Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein
- II.2.14) Zusätzliche Angaben
Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.
Voraussichtlicher Ausführungstermin: ca. Oktober 2016 bis Juni 2017.

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

III.1) Teilnahmebedingungen

- III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer

ODER:

Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift bzw. Nachweis des Eintrags in der Handwerkerrolle zum Nachweis der Fachkunde (gültig und den aktuellen Stand abbildend)

- III.1.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer

ODER:

- Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate).
- Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate)
- Umsätze aus den letzten drei Jahren 2013, 2014 und 2015 gem. § 6a EU Nr. 2c Satz 1 VOB/A

UND:

- gültige Freistellungsbescheinigung

- III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit
Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer

ODER:

- mindestens 3 Referenzen gem. § 6a EU Nr. 3a VOB/A zu vergleichbaren Leistungen, nicht älter als drei Jahre.

- III.1.5) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen

III.2) Bedingungen für den Auftrag

- III.2.2) Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:

- III.2.3) Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) Beschreibung

- IV.1.1) Verfahrensart
Offenes Verfahren

- IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

- IV.1.4) Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

- IV.1.6) Angaben zur elektronischen Auktion

- IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)
Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) Verwaltungsangaben

- IV.2.1) Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren

- IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge
6. September 2016, 10.00 Uhr

- IV.2.3) Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

- IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:
Deutsch

- IV.2.6) Bindefrist des Angebots
Das Angebot muss gültig bleiben bis:
5. November 2016

- IV.2.7) Bedingungen für die Öffnung der Angebote
6. September 2016, 10.00 Uhr
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg
Angaben über befugte Personen und das Öffnungsverfahren: Die Öffnung der Angebote ist NICHT öffentlich.

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

- VI.2) Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

- VI.3) Zusätzliche Angaben:

Die Bekanntmachung sowie die Vergabeunterlagen finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter:

<http://www.hamburg.de/bauleistungen/5796074/bauleistungen/>

Hinter dem Wort „LINK“ sind dort die Vergabeunterlagen für für die hier ausgeschriebenen Leistungen zum Download kostenfrei hinterlegt.

Es erfolgt KEIN VERSAND per Post oder E-Mail.

Fragen und Antworten während des Verfahrens werden ebenfalls auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform bekannt gemacht. Ein Versand per E-Mail erfolgt NICHT.

Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer bei der
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/40/4 27 31 - 04 99

VI.4.2) Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren**VI.4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Die Vergabekammer leitet gemäß § 160 Abs. 1 GWB ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1-4 GWB unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat;
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.4) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

FB SBH | Schulbau Hamburg,
Rechtsabteilung U 1,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
Telefax: +49/40/4 27 31 - 01 43

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:

2. August 2016

Hamburg, den 8. August 2016

Die Finanzbehörde

715

Auftragsbekanntmachung**Bauauftrag**

Richtlinie 2014/24/EU

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER**I.1) Name und Adressen**

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg,
Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Kontaktstelle(n): Einkauf/Vergabe

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
Telefax: +49/40/4 27 31 - 01 43

NUTS-Code: DE600

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <http://www.hamburg.de/schulbau/>

I.2) Gemeinsame Beschaffung**I.3) Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <http://www.hamburg.de/ausschreibungen>.

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen.

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen.

I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

ABSCHNITT II: GEGENSTAND**II.1) Umfang der Beschaffung****II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:**

SBH VOB OV 079-16 LG – Neubau eines zweigeschossigen Schulgebäudes als Ersatzbau der Grundschule Rahewinkel, Hamburg – Metallbau Türen und Schlosser.

Referenznummer der Bekanntmachung:

SBH VOB OV 079-16 LG

II.1.2) CPV-Code Hauptteil: 45214210**II.1.3) Art des Auftrags: Bauauftrag****II.1.4) Kurze Beschreibung:**

Die Grundschule befindet sich im Hamburger Stadtteil Mümmelmannsberg. Die Baumaßnahme umfasst einen zweigeschossigen Neubau als Ersatzbau mit insgesamt 31 Klassen- und Fachklassenräumen zzgl. Nebenräumen. Die BGF des Gebäudes beträgt ca. 6120 m². Die Baustelle ist über die Straße Große Holl unabhängig vom Schulbetrieb anfahrbar.

II.1.5) Geschätzter Gesamtwert

Wert ohne MwSt.: 312.600,- Euro

II.1.6) Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) Beschreibung**II.2.1) Bezeichnung des Auftrags****II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s): 45262670****II.2.3) Erfüllungsort**

NUTS-Code: DE600

Hauptort der Ausführung:

Rahewinkel 9, 22115 Hamburg.

- II.2.4) Beschreibung der Beschaffung:
Ca. 15 RS-Türen, 16 Feuerschutztüren, 74m Glasgeländer, 17 m Stahlgeländer, 2 außenliegende Fluchttreppenhäuser.
- II.2.5) Zuschlagskriterien
Die nachstehenden Kriterien: Preis
- II.2.6) Geschätzter Wert
Wert ohne MwSt.: 312.600,- Euro
- II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems
Laufzeit in Monaten: 6
Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein
- II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein
- II.2.11) Angaben zu Optionen
Optionen: nein
- II.2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen
- II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union
Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein
- II.2.14) Zusätzliche Angaben
Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.
Voraussichtlicher Ausführungstermin: ca. Dezember 2016 bis Mai 2017.

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

- III.1) **Teilnahmebedingungen**
- III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:
Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer
ODER:
Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift bzw. Nachweis des Eintrags in der Handwerkerrolle zum Nachweis der Fachkunde (gültig und den aktuellen Stand abbildend)
- III.1.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:
– Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer
ODER:
– Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate).

- Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate)
– Umsätze aus den letzten drei Jahren 2013, 2014 und 2015 gem. § 6a EU Nr. 2c Satz 1 VOB/A

UND:

- gültige Freistellungsbescheinigung

- III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit
Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer

ODER:

- mindestens 3 Referenzen gem. § 6a EU Nr. 3a VOB/A zu vergleichbaren Leistungen, nicht älter als drei Jahre.

- III.1.5) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen

III.2) Bedingungen für den Auftrag

- III.2.2) Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:

- III.2.3) Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) Beschreibung

- IV.1.1) Verfahrensart

Offenes Verfahren

- IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

- IV.1.4) Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

- IV.1.6) Angaben zur elektronischen Auktion

- IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)
Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) Verwaltungsangaben

- IV.2.1) Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren

- IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge
6. September 2016, 10.30 Uhr

- IV.2.3) Voraussichtlicher Tag der Absendung der Anforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

- IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:
Deutsch

- IV.2.6) Bindefrist des Angebots
Das Angebot muss gültig bleiben bis:
4. November 2016

- IV.2.7) Bedingungen für die Öffnung der Angebote
6. September 2016, 10.30 Uhr
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg

Angaben über befugte Personen und das Öffnungsverfahren: Die Öffnung der Angebote ist NICHT öffentlich.

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

VI.3) Zusätzliche Angaben:

Die Bekanntmachung sowie die Vergabeunterlagen finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter:

<http://www.hamburg.de/bauleistungen/5796074/bauleistungen/>

Hinter dem Wort „LINK“ sind dort die Vergabeunterlagen für die hier ausgeschriebenen Leistungen zum Download kostenfrei hinterlegt.

Es erfolgt KEIN VERSAND per Post oder E-Mail.

Fragen und Antworten während des Verfahrens werden ebenfalls auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform bekannt gemacht. Ein Versand per E-Mail erfolgt NICHT.

Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Vergabekammer bei der
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/40/4 27 31 - 04 99

VI.4.2) Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren

VI.4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Die Vergabekammer leitet gemäß § 160 Abs. 1 GWB ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1-4 GWB unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat;
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur

Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.4) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

FB SBH | Schulbau Hamburg,
Rechtsabteilung U 1,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
Telefax: +49/40/4 27 31 - 01 43

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:

4. August 2016

Hamburg, den 9. August 2016

Die Finanzbehörde

716

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Richtlinie 2014/24/EU

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) Name und Adressen

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg,
Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Kontaktstelle(n): Einkauf/Vergabe

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
Telefax: +49/40/4 27 31 - 01 43

NUTS-Code: DE600

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <http://www.hamburg.de/schulbau/>

I.2) Gemeinsame Beschaffung

I.3) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter:

[http://www.hamburg.de/
lieferungen-und-leistungen/
5796092/lieferungen-und-leistungen/](http://www.hamburg.de/lieferungen-und-leistungen/5796092/lieferungen-und-leistungen/)

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen.

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen.

I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

ABSCHNITT II: GEGENSTAND

II.1) Umfang der Beschaffung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:

Innere Sanierung Hauptgebäude STS Fritz-Schumacher-Schule am Standort Timmerloh 27-29 in

Hamburg – Objektplanung gem. § 34 HOAI und Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI.

Referenznummer der Bekanntmachung:

SBH VgV VV 027-16 DK

II.1.2) CPV-Code Hauptteil: 71240000

II.1.3) Art des Auftrags: Dienstleistungen

II.1.4) Kurze Beschreibung:

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat zum 1. Januar 2013 gemäß § 26 (1) Landeshaushaltsordnung den Landesbetrieb SBH | Schulbau Hamburg (nachstehend SBH genannt) gegründet. Dieser Landesbetrieb hat die Aufgabe, Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und die mehr als 400 Schulen an die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) zu vermieten. Die Schulimmobilien umfassen sämtliche für schulischen Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude der staatlichen und beruflichen Schulen. Die Grundstücksfläche beträgt 9,1 Mio. m² und die Hauptnutzfläche etwa 3,1 Mio. m².

In dieser Tätigkeit wurde SBH von der BSB mit der Sanierung des Hauptgebäudes der Stadtteilschule Fritz Schumacher am Standort Timmerloh 27-29 in Hamburg beauftragt. Die Stadtteilschule liegt im Außenbezirk Langenhorn am Rande Hamburgs.

Weiter siehe Ziffer II.2.4.

II.1.5) Geschätzter Gesamtwert

Wert ohne MwSt.: 620.000,- Euro

II.1.6) Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: Ja, Angebote sind möglich für alle Lose.

II.2) **Beschreibung**

II.2.1) Bezeichnung des Auftrags:

Objektplanung gem. § 34 HOAI

Los-Nr.: 1

II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s): 71240000

II.2.3) Erfüllungsort

NUTS-Code: DE600

Hauptort der Ausführung: Hamburg

II.2.4) Beschreibung der Beschaffung:

Der Standort besteht aus 2 Gebäuden, welche auf getrennten Grundstücken errichtet wurden. Es handelt sich dabei um ein im Jahr 1928 errichtetes und 1931 eingeweihtes Schulgebäude von Fritz Schumacher innerhalb der Stadtteilsiedlung Langenhorn. Die Schule diente als Volksschule für den Stadtteil, beherbergte aber auch eine Berufs- und Haushaltsschule, eine Hilfsschule sowie bis 1969 das neu gegründete Gymnasium Langenhorn. Neben dem zu sanierenden Hauptgebäude steht in Nachbarschaft eine Zweifeld-Sporthalle der Schule zur Verfügung.

Bei dem zu sanierenden Gebäude handelt es sich um ein viergeschossiges Gebäude inkl. Vollunterkellerung für Technik-, Lager und Fachräume. Das Gebäude mit einer Nettogrundfläche von

8370 m² steht zentral auf dem Schulgelände und wird über den Schulhof angefahren. Ziel der Maßnahme ist die Sanierung der naturwissenschaftlichen Fach- und Unterrichtsräume, die Renovierung der Klassen- und Verwaltungsräume sowie der WC-Anlagen. Vorrangig ist bei der Sanierung die Verbesserung der Brandschutzanforderungen an Schulen durch Ertüchtigung der tragenden Bauteile, Anordnung der Rettungswege und Beseitigung von Gefahrenstellen zu realisieren. Auch die Wiederherrichtung der Eingangsbereiche, Treppenhäuser und Flure nach historischen Befunden ist Aufgabenstellung. Hierfür wird vor Beginn der Ausführungsplanung ein Gutachten vorliegen. In den Treppenhäusern befinden sich mehrere Wandbilder mit hohem Schutzwert.

Für eine Neuorganisation der Verwaltung und Fachräume werden Umbauarbeiten in ermessbaren Umfang erforderlich. Für die Erneuerung der Beleuchtung mit LED-Technik soll ein Antrag auf Bundesfördermittel gestellt werden. Dieser ist Bestandteil Verfahrens Los 2. Die äußere Sanierung ist nicht Bestandteil der Maßnahme, da diese aus Dringlichkeit in den Jahren 2015/16 vorgezogen wurde. Mit der Planung und Durchführung der Außensanierung ist das Büro Meyer Fleckenstein Architekten Stadtplaner, Hamburg beauftragt. Die neue Kantine im Erdgeschoss in den Räumen der ehemaligen Turnhalle wurde 2014 eingeweiht. Die Umsetzung soll komprimiert im laufenden Betrieb erfolgen. Es sind im Gebäude mehrere Bauabschnitte grundsätzlich denkbar, allerdings in Abhängigkeit von der Raumorganisation zur Gewährleistung des Unterrichtes. Die organisatorischen Abhängigkeiten müssen mit dem Schulbetrieb in Einklang gebracht werden. Maßgeblich müssen jedoch Baustelleneinrichtung und Verkehrsführung auf dem gesamten Schulgelände berücksichtigt werden.

Nach einem Gutachten des Büros Wartig Nord vom 7.06.2016 ist das Gebäude im Wesentlichen schadstofffrei. Es handelt sich bei den gefundenen Schadstoffen um Dichtungen an technischen Anlagen und Mineralwolle in den abgehängten Decken.

Im Rahmen der Gesamtentwicklung der Stadtteilschule Fritz-Schumacher-Schule am Standort Timmerloh 27-29, Hamburg war folgendes Büro mit Planungsleistungen beauftragt, das planerische Leistungen im Zusammenhang mit dem gegenständlichen Verfahren zumindest teilweise umfassen: Meyer Fleckenstein Architekten Stadtplaner mit Leistungen der Objektplanung gem. § 34 HOAI für die Außenfassade.

Für die Umsetzung der Maßnahme ist ein Gesamtinvestitionsvolumen von 4,94 Mio. EUR brutto (gem. DIN 276 Kostengruppe 200-700) vorgesehen. Der Betrag ist als Kostenobergrenze zu verstehen und wird Bestandteil des Vertrages.

Baubeginn: 1. Quartal 2018

Baufertigstellung: Ende 2019

Planung und Ausführung werden in engen Kontakt mit der Schulleitung und durch den AG SBH abgestimmt.

Los 1: Leistungsphase 2-3 Objektplanung gem. § 34 HOAI; Leistungsphasen 5-8 Objektplanung

- gemäß § 34 HOAI als optionale Beauftragung durch Festlegung des AG, ggf. in noch vom AG festzulegenden Stufen.
- Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen Objektplanung gemäß § 34 HOAI als optionale Beauftragung durch Festlegung des AG, ggf. in noch vom AG festzulegenden Stufen.
- Die Schulleitung nimmt ggf. in beratender Funktion an den Angebotsverhandlungen teil.
- II.2.5) Zuschlagskriterien
Die nachstehenden Kriterien
Qualitätskriterium – Name:
Fachlicher Wert/Gewichtung: 15
Qualität/Gewichtung: 25
Kundendienst/Gewichtung: 10
Ausführungszeitraum/Gewichtung: 20
Kostenkriterium – Name:
Preis/Honorar/Gewichtung: 30
- II.2.6) Geschätzter Wert
Wert ohne MwSt.: 300.000,- Euro
- II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems
Laufzeit in Monaten: 36
Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein
- II.2.9) Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden
Geplante Mindestzahl: 3
Höchstzahl: 5
Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:
Alle Bewerber, die einen Teilnahmeantrag fristgerecht eingereicht haben und die formellen Mindestkriterien/-anforderungen erfüllen, sind für die Wertung der Auswahlkriterien zugelassen. Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert.
Die Auswahl für Los 1 erfolgt anhand der für den Leistungsbereich der Objektplanung eingereichten zwei Referenzprojekte, welche innerhalb der vergangenen 8 Jahre (Stichtag 1.1.2008) mit dem Abschluss der Leistungsphase 8 und einer Übergabe an die Nutzer realisiert worden sind, jeweils in den Kriterien vergleichbare Größe (0-2 Punkte), vergleichbare Bauaufgabe (0-4 Punkte), vergleichbares Leistungsbild (0-2 Punkte) und vergleichbare angestrebte Qualität (0-2 Punkte) und jeweils die Vorlage eines Referenzschreibens oder Referenzbestätigung vom Bauherren (0-1 Punkt). Insgesamt können mit den Referenzen zusammen maximal 22 Punkte erreicht werden.
Die Erfahrung aus vergleichbaren Projekten mit den zusätzlichen Anforderungen der Projektgröße in Verbindung mit denkmalgeschützter Bausubstanz zeigt, dass der in § 46 Abs. 3 VgV vorgegebene Zeitraum von höchstens 3 Jahren das Teilnehmerfeld stark eingrenzt. Um einen Wettbewerb zu gewährleisten, wird der Betrachtungszeitraum auf 8 Jahre erhöht. Näheres hierzu siehe Abschnitt 3. des Auswahlbogens. Der bei der Auswahl verwendete Auswahlbogen mit den formalen Kriterien, Mindestanforderungen und Auswahlkriterien wird zusammen mit dem Bewerbungsbogen zur Verfügung gestellt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl gemäß § 75 (6) VgV unter den verbliebenen Bewerbern zu lösen.
- II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein
- II.2.11) Angaben zu Optionen
Optionen: ja
Beschreibung der Optionen:
– Leistungsphasen 4-8 Objektplanung gem. § 34 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen);
– Weitere besondere Leistungen in allen Leistungsphasen Objektplanung gem. § 34 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).
- II.2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen
- II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union
Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein
- II.2.14) Zusätzliche Angaben
Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.
- II.2) **Beschreibung**
- II.2.1) Bezeichnung des Auftrags:
Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI
Los-Nr.: 2
- II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s): 71240000
- II.2.3) Erfüllungsort
NUTS-Code: DE600
Hauptort der Ausführung: Hamburg
- II.2.4) Beschreibung der Beschaffung:
Los 2: Leistungsphase 2-3 Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI, Anlagengruppen 1-5, 7,8, gem. § 53 (2) HOAI; Leistungsphasen 5-8 Technische Ausrüstung gemäß § 55 HOAI als optionale Beauftragung durch Festlegung des AG, ggf. in noch vom AG festzulegenden Stufen; Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen Technische Ausrüstung gemäß § 55 HOAI als optionale Beauftragung durch Festlegung des AG, ggf. in noch vom AG festzulegenden Stufen.

- II.2.5) Zuschlagskriterien
Die nachstehenden Kriterien
Qualitätskriterium – Name:
Fachlicher Wert/Gewichtung: 15
Qualität/Gewichtung: 25
Kundendienst/Gewichtung: 10
Ausführungszeitraum/Gewichtung: 20
Kostenkriterium – Name:
Preis/Honorar/Gewichtung: 30
- II.2.6) Geschätzter Wert
Wert ohne MwSt.: 320.000,- Euro
- II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung
oder des dynamischen Beschaffungssystems
Laufzeit in Monaten: 36
Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein
- II.2.9) Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber,
die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme
aufgefordert werden
Geplante Mindestzahl: 3
Höchstzahl: 5
Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenz-
ten Zahl von Bewerbern:
Alle Bewerber, die einen Teilnahmeantrag frist-
gerecht eingereicht haben und die formellen
Mindestkriterien/-anforderungen erfüllen, sind
für die Wertung der Auswahlkriterien zugelassen.
Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten
Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie
anhand der Auskünfte und Formalien, die zur
Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirt-
schaftlichen und technischen Mindestanforde-
rungen erforderlich sind, unter den Bewerbern,
die nicht ausgeschlossen wurden und die die
genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen
aus, die er zur Verhandlung auffordert.
Die Auswahl für Los 2 erfolgt anhand der folgen-
den Auswahlkriterien (gewertet werden die Pro-
jekte aus der Referenzliste, welche innerhalb der
vergangenen 8 Jahre (Stichtag 1.1.2008) mit dem
Abschluss der Leistungsphase 8 und einer Über-
gabe an die Nutzer realisiert worden sind).
1. Die Anlagengruppen 1-5 und 7-8 gem. § 53
HOAI wurden bearbeitet: kein Projekt =
0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte =
2 Punkte; 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte
(insgesamt max. 3 Punkte).
 2. Die Leistungsphasen 2-3 und 5-8 technische
Ausrüstung gem. § 55 HOAI wurden bearbei-
tet: kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt =
1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte; 3 oder mehr
Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte).
 3. Die Projektkosten in der KG 400 erreichen
mind. 1.300 000 EUR (netto): kein Projekt =
0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte =
2 Punkte; 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte
(insgesamt max. 3 Punkte).
 4. Bei dem Projekt handelt es sich um eine Sanie-
rungsmaßnahme: kein Projekt = 0 Punkte;
1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte;
3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt
max. 3 Punkte).
 5. Die Maßnahme wurde im laufenden Betrieb
realisiert: kein Projekt = 0 Punkte; 1 Pro-

jekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte; 3 oder
mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max.
3 Punkte).

6. Innerhalb des Projektes waren Förderanträge
für Projektmittel Bestandteil der Leistung:
kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt;
2 Projekte = 2 Punkte; 3 oder mehr Projekte
= 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte).

Die Erfahrung aus vergleichbaren Projekten mit
den zusätzlichen Anforderungen der Projekt-
größe in Verbindung mit denkmalgeschützter
Bausubstanz zeigt, dass der in § 46 Abs. 3 VgV
vorgegebene Zeitraum von höchstens 3 Jahren
das Teilnehmerfeld stark eingrenzt. Um einen
Wettbewerb zu gewährleisten, wird der Betracht-
ungszeitraum auf 8 Jahre erhöht. Näheres hierzu
siehe Abschnitt 3. des Auswahlbogens.

Der bei der Auswahl verwendete Auswahlbogen
mit den formalen Kriterien, Mindestanforderun-
gen und Auswahlkriterien wird zusammen mit
dem Bewerbungsbogen zur Verfügung gestellt.
Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die
Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach
einer objektiven Auswahl entsprechend der zu
Grunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich
die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl
gemäß § 75 (6) VgV unter den verbliebenen
Bewerbern zu lösen.

- II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

- II.2.11) Angaben zu Optionen
Optionen: ja
Beschreibung der Optionen:
– Leistungsphasen 3 bis 8 Technische Ausrüs-
tung gem. § 55 HOAI (Anlagengruppen 1-5, 7
und 8) als optionale Beauftragung durch
Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem
Auftraggeber festzulegenden Stufen);
– Weitere besondere Leistungen in allen Lei-
stungsphasen, als optionale Beauftragung
durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von
dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

- II.2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen

- II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union
Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vor-
haben und/oder Programm, das aus Mitteln der
EU finanziert wird: nein

- II.2.14) Zusätzliche Angaben
Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes
Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldne-
risch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprech-
partner benannt und mit unbeschränkter Vertre-
tungsbefugnis ausgestattet wird.

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

- III.1) **Teilnahmebedingungen**
III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich
Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem
Berufs- oder Handelsregister
Auflistung und kurze Beschreibung der Bedin-
gungen:

Mit dem Teilnahmeantrag sind pro Los folgende Unterlagen und Erklärungen abzugeben:

- ausgefüllter Bewerberbogen, anzufordern bei der genannten Kontaktstelle;
- Anlage 1A: Nachweis über die Eintragung im Berufs- bzw. Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (in Kopie);
- Anlage 1B: Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit (Vordruck);
- Anlage 1C: Erklärung, ob und auf welche Art der Bewerber auf den Antrag bezogen in relevanter Weise mit anderen zusammenarbeitet (Vordruck);
- Anlage 1D: Bereitschaft zur Verpflichtung gem. Verpflichtungsgesetz (Vordruck);
- Anlage 1E: Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes gemäß Hamburgisches Vergabegesetz (Vordruck);
- Anlage 1F: Bevollmächtigung des Vertreters bei Bietergemeinschaften (Vordruck);
- Anlage 1G: Angaben zu Auftragsteilen in einer Bietergemeinschaft (Vordruck);
- Anlage 1H: Erklärung über die Leistungsbereitstellung bei Unterauftragsnehmern (Vordruck);
- Anlage 2A: Bescheinigung über eine abgeschlossene Berufshaftpflichtversicherung mit den unter III.1.2 genannten Deckungssummen (in Kopie) oder den Nachweis über die Anhebung gemäß Ziffer III.1.2. Bei Bietergemeinschaften siehe Ziffer III.1.2;
- Anlage 3A: Nachweis der beruflichen Befähigung und Erlaubnis der Berufsausübung (in Kopie);
- Anlage 3B: Nachweis der beruflichen Qualifikation der Projektleitung (Studiennachweis)
- Für Los 1 Anlage 3C1/3C2: Darstellung von zwei vergleichbaren Referenzprojekten für Leistungen der Objektplanung gem. § 34 HOAI (siehe II.2.9) sowie III.1.3) mit Referenzschreiben.
- Für Los 2 Anlage 3C: Liste von Referenzobjekten (siehe II.2.9) sowie III.1.3) für Leistungen der Technischen Ausrüstung gem. § 55 HOAI.

Die aufgezählten Nachweise müssen aktuell (bis auf Kammerurkunden, Diplom-Urkunden und Referenzschreiben) nicht älter als 12 Monate und noch gültig sein. Mehrfachbeteiligungen in personell identischer Form werden nicht zugelassen. Bewerbungen per E-Mail sind nicht zulässig. Die Bewerbungsfrist ist zwingend einzuhalten. Die geforderten Unterlagen sind bei Bietergemeinschaften für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Bei Bewerbungen mit Unterauftragsnehmern sind die geforderten Unterlagen für den Bewerber sowie für alle Unterauftragnehmer vorzulegen.

Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn die nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist,

erstellt wurden. Bestätigungen in anderen als der deutschen Sprache sind in Übersetzung vorzulegen.

Das Format der Unterlagen darf DIN A3 nicht überschreiten. Die einzureichenden Unterlagen bitte deutlich sichtbar mit Ziffern und Buchstaben in der im Bewerbungsbogen vorgegebenen Reihenfolge kennzeichnen.

Für die geforderten Angaben sind pro Los die Vordrucke sowie der Bewerbungsbogen auszufüllen. Diese Unterlagen sind unter der folgenden Adresse herunterzuladen: <http://www.hamburg.de/lieferungen-und-leistungen/5796092/lieferungen-und-leistungen/>

Es sind nur Bewerbungen pro Los mit vollständig ausgefülltem und unterschriebenem Bewerbungsbogen sowie der beigelegten Vordrucke und den darin geforderten Angaben und Anlagen einzureichen. Der Bewerberbogen und die Vordrucke sind in den Originalen an den gekennzeichneten Stellen zu unterschreiben. Gescannte oder kodierte Unterschriften werden weder in Teilnahme- noch in Angebotsphase zugelassen. Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Angaben zu fordern.

Die Bewerbung ist (mit Angabe der Vergabenummer und des Loses) gekennzeichneten, in einem verschlossenen Umschlag einzureichen. Die Bewerbung und zugehörige Unterlagen werden nicht zurückgesandt.

Der Teilnahmeantrag ist nur mit der originalen Unterschrift (keine Scans, Kopien o.ä.) eines unterschreibungsberechtigten Vertreters des Wirtschaftsteilnehmers gültig.

III.1.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) der Berufshaftpflichtversicherung (mind. 1,5 Mio. EURO für Personenschäden, mind. 0,5 Mio. EURO für sonstige Schäden). Die schriftliche Bestätigung der Versicherung der Bewerber, die Berufshaftpflicht im Auftragsfall auf die geforderten Höhen anzuheben ist als Nachweis ausreichend. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt.

Versicherungsnachweise bei Bietergemeinschaften müssen von jedem Mitglied einzeln und jeweils in voller Deckungshöhe nachgewiesen werden. Es ist pro LOS der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d.h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z.B. aus Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt. Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Los 1: Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich Objektplanung

gem. § 34 HOAI in den letzten drei Geschäftsjahren (je Jahr; 2013, 2014; 2015). Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 250.000,- Euro (netto) erreichen.

Los 2: Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI in den letzten drei Geschäftsjahren (je Jahr; 2013, 2014; 2015). Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 300.000,- Euro (netto) erreichen.

Sofern in Bietergemeinschaft bzw. mit Unterbeauftragungen angeboten wird, muss die Jahresgesamtsumme aller Bieter der Gemeinschaft bzw. inkl. der Unterauftragnehmer zusammen den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben.

Um auch Berufsanfängern die Möglichkeit der Teilnahme am Verhandlungsverfahren zu eröffnen, sieht § 45 Abs. 5 VgV aus berechtigten Gründen (z.B. erst vor Kurzem erfolgte Unternehmensgründung) vor, dass die Leistungsfähigkeit durch andere, als geeignet erachtete Belege nachgewiesen werden kann (z.B. über die Höhe des Haftungskapitals, Bürgschaftserklärungen Dritter o.ä.).

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Los 1 Objektplanung: Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 250.000,- Euro (netto) erreichen.

Los 2 TA: Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 300.000,- Euro (netto) erreichen.

III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

A) Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung:

Los 1: Architekt/-in gem. § 75 (1) VgV

Los 2: Ingenieur/-in gem. § 75 (2) VgV

(B) Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers, der für die Leistung vorgesehenen Personen, hier:

Los 1: Abgeschlossenes Studium der Fachrichtung Architektur (mindestens FH)

Los 2: Abgeschlossenes Studium der Fachrichtung Ingenieurwesen (mindestens FH) für die Leistung Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI HLS und ELT

(C) Für Los 1 Nachweis der erbrachten Leistungen für zwei Projekte für den Leistungsbereich Objektplanung gem. § 34 HOAI:

Die Projekte müssen innerhalb der vergangenen 8 Jahre (Stichtag 1.1.2008) mit einer Übergabe an die Nutzer realisiert worden sein.

Entsprechende Referenzen sind unter der Angabe der Projektbeschreibung, Angabe der erbrachten Leistungen gem. HOAI (Leistungsbild und Leistungsphasen), Angabe des Leistungszeitraums von Beginn bis Abschluss Leistungsphase 8 und Übergabe an den Nutzer, Angabe der Baukosten (KG 300+400 gem. DIN 276), der Nennung der maßgeblich beteiligten Projektleiter/in und ggf.

beteiligte Unterauftragnehmer/ ARGE- Partner, der Nennung des Bauherren mit Ansprechpartner und Telefonnummer und Referenzschreiben oder Referenzbestätigung des Bauherren einzureichen.

Die zwei vergleichbaren Referenzprojekte sind auf maximal je einem Blatt DIN A3 detailliert vorzustellen. Für Los 2 Nachweis der erbrachten Leistungen für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI:

Liste der wesentlichen in den letzten max. 8 Jahren (Stichtag: 1.1.2008) erbrachten Leistungen unter Angabe:

- der Projektbezeichnung;
- der Kosten in der Kostengruppe 400 (in EUR; netto);
- des (öffentlichen/privaten) Auftraggebers (inkl. Nennung des Ansprechpartners mit Kontaktdaten);
- des Leistungszeitraums;
- der ausgeführten Leistungsphasen;
- der bearbeiteten Anlagengruppen;
- ob es sich bei dem Projekt um eine Sanierung handelt;
- ob das Projekt die Betreuung von hochbaulichen Abbruchmaßnahmen umfasst.

Aus den eingereichten Referenzen soll die Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten ersichtlich werden.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

D) Angabe der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter (inklusive Führungskräfte) mit der entsprechenden fachlichen Qualifikation der letzten 3 Jahre (je Jahr 2013, 2014, 2015).

Für Los 1 sind im Leistungsbereich Objektplanung gem. § 34 HOAI mind. 3 festangestellte Architekten bzw. Absolventen der Fachrichtung Architektur (mind. FH) inkl. Büroinhaber, Geschäftsführer etc. im Durchschnitt der letzten 3 Jahre nachzuweisen.

Für Los 2 sind im Leistungsbereich Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI (Bereich HLS, Anlagengruppe 1-3) mind. 2 festangestellte Ingenieure bzw. Absolventen der Fachrichtung Ingenieurwesen (mind. FH) inkl. Büroinhaber, Geschäftsführer etc. im Durchschnitt der letzten drei Jahre nachzuweisen. Im Leistungsbereich Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI (Bereich ELT, Anlagengruppe 4-5) mind. 2 festangestellte Ingenieure bzw. Absolventen der Fachrichtung Ingenieurwesen (mind. FH) inkl. Büroinhaber, Geschäftsführer etc. im Durchschnitt der letzten drei Jahre nachzuweisen.

E) Mit den Referenzen ist zwingend eine Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern nachzuweisen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

D) Angabe der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter (inklusive Führungskräfte) mit der entsprechenden fachlichen Qualifikation der letzten drei Jahre (je Jahr 2013, 2014, 2015).

Für Los 1 sind im Leistungsbereich Objektplanung gem. § 34 HOAI mind. 3 festangestellte Architekten bzw. Absolventen der Fachrichtung

Architektur (mind. FH) inkl. Büroinhaber, Geschäftsführer etc. im Durchschnitt der letzten drei Jahre nachzuweisen.

Für Los 2 sind im Leistungsbereich Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI (Bereich HLS, Anlagengruppe 1-3) mind. 2 festangestellte Ingenieure bzw. Absolventen der Fachrichtung Ingenieurwesen (mind. FH) inkl. Büroinhaber, Geschäftsführer etc. im Durchschnitt der letzten drei Jahre nachzuweisen. Im Leistungsbereich Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI (Bereich ELT, Anlagengruppe 4-5) mind. 2 festangestellte Ingenieure bzw. Absolventen der Fachrichtung Ingenieurwesen (mind. FH) inkl. Büroinhaber, Geschäftsführer etc. im Durchschnitt der letzten drei Jahre nachzuweisen.

E) Mit den Referenzen ist zwingend eine Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern nachzuweisen.

III.1.5) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Los 1: Geforderte Berufsqualifikation gem. § 75 (1) VgV.

Als Berufsqualifikation wird der Beruf Architekt/in für die Leistungen gem. § 34 HOAI gefordert. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangenen Satz benennen.

Los 2: Geforderte Berufsqualifikation gem. § 75 (2) VgV.

Als Berufsqualifikation wird der Beruf Ingenieur/in für die Leistungen gem. § 55 HOAI gefordert. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangenen Satz benennen.

III.2.2) Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

Die Durchführung der Leistungen soll gem. § 73 (3) VgV unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen.

Der Auftragnehmer sowie sämtliche mit der Ausführung befassten Beschäftigten desselben werden pro Los nach Maßgabe des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 2. März 1974, geändert durch das Gesetz vom 15. August 1974, durch die zuständige Stelle des Auftraggebers gesondert verpflichtet.

III.2.3) Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind.

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Beschreibung**

IV.1.1) Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.4) Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

IV.1.5) Angaben zur Verhandlung

IV.1.6) Angaben zur elektronischen Auktion

IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)
Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) **Verwaltungsangaben**

IV.2.1) Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren

IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge
5. September 2016, 14.00 Uhr

IV.2.3) Voraussichtlicher Tag der Absendung der Anforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:
Deutsch

IV.2.6) Bindefrist des Angebots

IV.2.7) Bedingungen für die Öffnung der Angebote

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

Bekanntmachung sowie Vergabeunterlagen finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter:

<http://www.hamburg.de/lieferungen-und-leistungen/579602/lieferungen-und-leistungen/>

Hinter dem Wort „LINK“ sind dort pro Los die Unterlagen für die hier jeweils ausgeschriebene Leistung zum Download kostenfrei hinterlegt.

Es erfolgt kein Versand der Bewerbungsunterlagen per Post oder E-Mail.

Fragen und Antworten während der Bewerbungsphase werden nur in anonymisierter Form ebenfalls auf der vorgenannten Plattform sowie auf der folgenden Homepage veröffentlicht:

<http://www.hamburg.de/fb/vgv-ausschreibungen/>

Ein Versand der Fragen und Antworten während der Bewerbungsphase per E-Mail erfolgt nicht.

Weitere vorläufige Termine des dem Teilnahmewettbewerb anschließenden Verhandlungsverfahrens:

Versendung der Angebotsaufforderung für Los 1 und Los 2 35. KW 2016; Einreichung der Honorarangebote für Los 1 in der 39. KW 2016 und für Los 2 in der 40. KW 2016; Verhandlungsgespräche für Los 1 in der 42. KW 2016 und für Los 2 in der 43. KW 2016.

Die Vergabestelle lässt sich in der operativen Umsetzung dieses VOF-Verfahrens durch die

WSP Deutschland AG, Niederlassung Hamburg, unterstützen und beratend begleiten.

Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Vergabekammer bei der
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/40/4 27 31 - 04 99

VI.4.2) Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren

VI.4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Die Vergabekammer leitet gemäß § 160 Abs. 1 GWB ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1-4 GWB unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat;
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.4) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

FB SBH | Schulbau Hamburg,
Rechtsabteilung U 1,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
Telefax: +49/40/4 27 31 - 01 43

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:

4. August 2016

Hamburg, den 11. August 2016

Die Finanzbehörde

717

**Beschränkte Ausschreibung
nach Öffentlichem Teilnahmewettbewerb**

- a) Bezirksamt Hamburg-Mitte,
Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt,
Bezirklicher Sportstättenbau
Klosterwall 6 (Block C), 20095 Hamburg
Telefon: 040/4 28 54 - 57 84, Telefax: 040/4 27 90 - 18 99,
E-Mail:
sophie-christin.weidner@hamburg-mitte.hamburg.de
- b) Beschränkte Ausschreibung nach Öffentlichem Teilnahmewettbewerb nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)

c) Entfällt

d) Umkleide- und Sportfunktionsgebäude Baurstraße

e) Baurstraße

f) Vergabenummer: M/BSÖ-38/2016

Generalunternehmerleistung Schlüsselfertigbau

- g) Versorgung des öffentlichen Sportplatzes mit Umkleiden und Nebenräumen, sowie Dojo, Vereinsraum und Platzwartwohnung

h) Entfällt

i) Beginn: 1. Dezember 2016

Ende: 1. Oktober 2017

j) Erlaubt

k) Entfällt

l) Entfällt

- m) Einsendetermin für Teilnahmeanträge endet am 30. August 2016.

Anträge sind zu richten an: Anschrift siehe Buchstabe o)

- n) Wird nach Festlegung des Teilnehmerkreises bekanntgegeben.

o) Anschrift:

Bezirksamt Hamburg-Mitte
Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt
Klosterwall 8, 20095 Hamburg
E-Mail: dezernat4@hamburg-mitte.hamburg.de

- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.

- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 30. August 2016 um 10.45 Uhr.

Anschrift: siehe Buchstabe o).

Bieter und ihre Bevollmächtigten.

- r) Siehe Vergabeunterlagen.

- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.

- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

- u) Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Die Anträge auf Teilnahme am Vergabeverfahren sind in einem verschlossenen Umschlag, gekennzeichnet mit der Auftragsbezeichnung des Auftraggebers, einzureichen. Beabsichtigt der Bewerber, wesentliche Teile der Leistung von Nachunternehmen bzw. anderen Unternehmen ausführen zu lassen, muss er in seinem Teilnahmeantrag die durch Nachunternehmen auszuführenden Leistungen angeben und auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle zudem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt Nachweise und Angaben hierzu vorlegen.

Mit dem Antrag auf Teilnahme sind vorzulegen:

- a) Benennung des Umsatzes des Unternehmens jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Ge-

- schaftsjahre, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen, durch Vorlage einer Bestätigung des Umsatzes durch einen vereidigten Wirtschaftsprüfer/Steuerberater oder einen entsprechend testierten Jahresabschluss oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen.
- b) Benennung von Leistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, durch mindestens 3 Referenzen mit schriftlicher Bestätigung des Auftraggebers, dass die Leistungen auftragsgemäß erbracht wurden.
- c) Angabe der Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenem technischen Leitungspersonal.
- d) Angaben zur Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes, durch Vorlage einer Gewerbeanmeldung und eines Handelsregistersauszuges, der die Eintragung in die Handwerksrolle oder bei der Industrie- und Handelskammer.
- e) Angaben, ob ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde. Der rechtskräftige Insolvenzplan ist vorzulegen.
- f) Angaben, ob sich das Unternehmen in der Liquidation befindet.
- g) Angaben, dass nachweislich keine schweren Verfehlungen begangen wurden, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellen, durch Abgabe folgender Erklärungen: „Ich/wir erklären, dass ich/wir in den letzten 2 Jahren nicht gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder gem. § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden bin/sind. Ferner erkläre ich/wir, dass keine wirksame Gewerbeuntersagung vorliegt, und dass kein rechtskräftiges Urteil in den letzten 2 Jahren gegen Mitarbeiter in Leitungsfunktionen z.B. wegen wettbewerbsbeschränkender Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB), Bestechung im geschäftlichem Verkehr (§ 299 StGB), Baugefährdung (§ 319 StGB), unerlaubter Umgang mit gefährlichen Stoffen (§ 326 StGB), Betrug (§ 263 StGB), Bestechung (§ 334 StGB) vorliegen, die mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder mit einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen geahndet wurden.“
- h) Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde, durch Vorlage einer aktuellen Freistellungsbescheinigung und einer aktuellen Unbedenklich-

keitsbescheinigung der Sozialkasse, die nicht älter als 12 Monate sein darf.

- i) Angaben, dass das Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft angemeldet ist, durch Vorlage einer qualifizierten Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft bzw. des Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen, die nicht älter als 12 Monate sein darf.
- v) Die Zuschlagsfrist endet am: Siehe Buchstabe n).
- w) Beschwerdestelle:

Bezirksamt Hamburg-Mitte
Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt,
– D4 – Dezernent, Klosterwall 8, 20095 Hamburg

Hamburg, den 11. August 2016

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

718

Öffentliche Ausschreibungen der Verwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg

Die Finanzbehörde Hamburg, Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, schreibt die **Glas- und Gebäudereinigung im Regionalen Bildungs- und Beratungszentrum (ReBBZ) Billstedt**, Steinfeldstraße 1, 22119 Hamburg, für die Zeit ab 15. Februar 2017 unter der Projektnummer **2016000127** öffentlich aus.

Vergabeart: Öffentliche Ausschreibung

Ende der Angebotsfrist: 16. September 2016, 10.00 Uhr

Ende der Bindefrist: 14. Februar 2017

Ausführungsfrist: 15. Februar 2017 bis auf Weiteres

Über das Online-Portal Hamburg-Service (www.gateway.hamburg.de) können Sie sich für die elektronische Vergabe registrieren, die Vergabeunterlagen kostenfrei einsehen, bearbeiten und Ihr Angebot elektronisch einreichen.

Hier finden Sie Hinweise zur Registrierung:

<https://gateway.hamburg.de/hamburggateway/fvp/fv/BasisHilfe/HilfeFirmen.aspx>

Die Vergabeunterlagen können auch unter Angabe der Projektnummer 2016000127 per E-Mail unter ausschreibungen@fb.hamburg.de abgefordert werden.

WICHTIG: Um die Unterlagen zu erhalten, benötigen wir zwingend Ihre vollständigen Kontaktdaten (Firmenname, Name des Ansprechpartners/der Ansprechpartnerin, vollständige Anschrift, E-Mail, Telefon und Fax) für mögliche Nachfragen. Bitte haben Sie Verständnis, dass wir bei unvollständigen Angaben keine Unterlagen versenden.

Diese Möglichkeit besteht nicht bei Ausschreibungen für Glas- und Gebäudereinigungsleistungen.

Hinweis: Bei der Abgabe seines Angebotes hat der Bieter zum Nachweis seiner Zuverlässigkeit eine Erklärung gemäß § 6 Absatz 5 Buchstabe c VOL/A abzugeben.

Hamburg, den 10. August 2016

Die Finanzbehörde

719

Gerichtliche Mitteilungen

Zwangsversteigerung

71w K 42+43/15. Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen das in Hamburg, Langenfelder Damm, nördlich bzw. nordöstlich Langenfelder Damm 80, Vehrenkampstraße 8 bis 12f, Steenwisch 1, 3, 5, belegene, im Grundbuch von Stellingen a) Blatt 8904 bzw. b) Blatt 8963 eingetragene a) Wohnungseigentum, bestehend aus 1586/100 000 Miteigentumsanteilen, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und dem Kellerraum Nummer 23 des ATP sowie b) des 1/4 Miteigentumsanteils Abteilung I Nummer 2c an dem Teileigentumsrecht, bestehend aus einem 200/100 000 Miteigentumsanteil, verbunden mit dem Sondereigentum an der Viererstellparkeinheit in der Tiefgarage, bezeichnet mit Nummer 82 des ATP, a) und b) jeweils an den insgesamt 3583 m² großen Flurstücken Nummer 4437, 4535 bis 4538, 4540 und 1523, durch das Gericht versteigert werden.

Zu a): 4-Zimmer-Maisonette-Wohnung mit Küche, Bad, Windfang, 2 Abstellräume, Balkon im I. und II. Obergeschoss des Hauses Langenfelder Damm 76; Gesamtwohnfläche etwa 99 m²; Gaszentralheizung; isolierverglaste Kunststofffenster. Zu b): Die Benutzung der Viererparkeinheit wurde über eine Vereinbarung nach § 1010 BGB geregelt; diesem Miteigentumsanteil soll der obere rechte Stellplatz zugeordnet sein. Baujahr der voll unterkellerten Mehrfamilienhausanlage mit 58 Wohnungen, 1 Gewerbeeinheit und 42 Tiefgaragenstellplätzen: 2006. Zur Zeit der Begutachtung selbstgenutzt.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: Zu a): 333 000,- Euro (je 1/2-Anteil: 166 500,- Euro). Zu b): 14 000,- Euro (je 1/2-Anteil: 7 000,- Euro). Gesamtverkehrswert: 347 000,- Euro (je 1/2-Anteil: 173 500,- Euro).

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 18. Oktober 2016, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg, Caffamacherreihe 20, II. Stock, Saal 224.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann im Internet unter www.zvg.com heruntergeladen oder auf der Geschäftsstelle, Caffamacherreihe 20, Zimmer 225, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden.

Die Zwangsversteigerungsvermerke sind am 27. Juli 2015 in die Grundbücher eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem

Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 19. August 2016

Das Amtsgericht, Abt. 71

720

Zwangsversteigerung

802 62/15. Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Stuvkamp 2-12, Von Essen-Straße, Wohldorfer Straße 35-63 belegene, im Grundbuch von Barmbek Blatt 12231 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 357/100 000 Miteigentumsanteil an dem 6688 m² großen Grundstück (Flurstück 1958), verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung, im Aufteilungsplan mit Nummer 190 bezeichnet, durch das Gericht versteigert werden.

Es handelt sich bei dem Sondereigentum um eine vermutlich eigentümergegenutzte 2-Zimmer-Wohnung mit einer Wohnfläche von etwa 46,02 m² im II. Obergeschoss links des Hauses Wohldorfer Straße 59. Zur Wohnung gehört ein Sondernutzungsrecht an einem Kellerabstellraum. Das vorliegende Gutachten wurde ohne Innenbeurteilung erstellt.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 120 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Donnerstag, den 1. Dezember 2016, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Barmbek, Spohrstraße 6, Erdgeschoss, Saal E.005.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 2.044, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos und kostenpflichtiger Gutachtendownload im Internet unter: www.zvg.com.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 19. Januar 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

721

802 K 51/15 und 52/15. Zum Zwecke der Aufhebung einer Gemeinschaft sollen das in Hamburg, Kirchenredder 3 belegene, im Grundbuch von Hummelsbüttel, Blatt 2454 eingetragene 939 m² große Grundstück (Flurstück 2012) sowie ein 1/3 Anteil an dem in Hamburg, Kirchenredder 3 belegenen Garagengrundstück, eingetragen im Grundbuch von Hummelsbüttel Blatt 2662, Abteilung I, Nummer 1b), durch das Gericht versteigert werden. Das gesamte Garagengrundstück (Flurstück 2013) hat eine Größe von 163 m².

Es handelt sich um ein unterkellertes, eingeschossiges Einfamilienhaus mit ausgebautem Dachgeschoss und Spitzboden, etwa 223,92 m² Wohnfläche, Baujahr etwa 1971, in gepflegtem und instand gehaltenem gutem Zustand. Das Objekt wird von einer Miteigentümerin bewohnt. Das Garagengrundstück ist bebaut mit 3 Garagenstellplätzen in massiver Klinkerbauweise. Versteigert wird die von der Straße aus gehene rechts, westlich belegene Garage. Es handelt sich um einen normalen, gut nutzbaren Stellplatz. Er wird von einer Miteigentümerin selbst genutzt.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: Für das Grundstück: 700 000,- Euro, für den 1/3 Anteil an dem Garagengrundstück: 15 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Mittwoch, den 11. Januar 2017, 10.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Barmbek, Spohrstraße 6, Erdgeschoss, Saal E.005.

1440

Freitag, den 19. August 2016

Amtl. Anz. Nr. 66

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 2.044, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos und kostenpflichtiger Gutachtendownload im Internet unter: www.zvg.com.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 16. Oktober 2015 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Antragsteller widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 19. August 2016

**Das Amtsgericht
Hamburg-Barmbek**

Abteilung 802

722

Zwangsversteigerung

417 K 30/15. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in 21033 Hamburg, Boberger Anger 82 belegene, im Grundbuch von Boberg Blatt 2764 eingetragene 392 m² große Grundstück (Flurstück 3658), durch das Gericht versteigert werden.

Das Grundstück ist bebaut mit einem zweigeschossigen, vollunterkellerten Einfamilienhaus, Massivbau, Satteldach; Dachgeschoss nicht ausgebaut. Baujahr: 2010. Die Wohnfläche beträgt etwa 160 m², verteilt auf 4 2/2 Zimmer, Küche, Bad, Gäste-WC, Diele, Flur, Balkon, Wintergarten. Fernwärmezentralheizung. Die Nutzung erfolgt durch Mieter. Eine Innenbesichtigung war dem Gutachter nicht möglich.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 360 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 11. Oktober 2016, 10.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Bergedorf, Ernst-Mantius-Straße 8, I. Stock, Saal 114.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 107 d, montags, bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Telefon: 040/42891-2192. Infos auch im Internet unter www.zvg.com.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 17. Dezember 2015 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, andernfalls werden sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, andernfalls tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Hamburg, den 19. August 2016

**Das Amtsgericht
Hamburg-Bergedorf**

Abteilung 417

723

Zwangsversteigerung

717 K 6/14. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Raschweg 20 belegene, im Grundbuch von Oldenfelde Blatt 4467 eingetragene 806 m² große Grundstück (Flurstück 1187), durch das Gericht versteigert werden.

Das Grundstück ist laut Gutachten mit einem eingeschossigen, nichtunterkellerten Einfamilienhaus mit ausge-

bautem Dachgeschoss bebaut. Ursprungsbaujahr etwa 1935. Seit etwa 2006 wird das Haus überwiegend in Eigenarbeit um- und ausgebaut bzw. überbaut. Zum Zeitpunkt des Ortstermins befand sich das Objekt teilweise in einem normalen Unterhaltungszustand und überwiegend in einem unfertigen Ausbaustand. Die Wohn-/Nutzfläche beträgt etwa 153 m². Die Nutzung erfolgt vermutlich durch die Verfahrensschuldner. Interessenten wird die Einsicht die Gutachten empfohlen.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 354 000,- Euro (bzw. 177 000,- Euro je hälftigen Miteigentumsanteil).

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Donnerstag, den 13. Oktober 2016, 10.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Wandsbek, Schädlerstraße 28, I. Stock, Saal 157.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 301, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr eingesehen werden. Telefon: 040/42881-2910/-2911/-2150. Infos auch im Internet: www.zvg.com.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 12. Februar 2014 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 19. August 2016

**Das Amtsgericht
Hamburg-Wandsbek**

Abteilung 717

724